



**Landtag Nordrhein-Westfalen**

**Ralf Witzel MdL**

Stellvertretender Vorsitzender  
der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW Ralf Witzel MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441  
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail [ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 8. Oktober 2021

## **PRESSEINFORMATION**

### **Aufarbeitung der diesjährigen Flutkatastrophe: Witzel wird Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses**

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel (49) ist in dieser Woche vom Landesparlament einstimmig als Vorsitzender des neuen Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Aufarbeitung der Flutkatastrophe im Juli dieses Jahres gewählt worden. Das Untersuchungsgremium aller Fraktionen besteht aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern aller Fraktionen und hat am heutigen Tage seine Arbeit aufgenommen.

Witzel möchte die Arbeit mit großer Ernsthaftigkeit in Angriff nehmen: „Auch in der Stadt Essen hat es in diesem Sommer durch das Starkregenereignis zahlreiche Geschädigte gegeben, die ein Anrecht darauf haben, zu erfahren, ob und wie die Instrumente des Katastrophenschutzes funktioniert haben. Der Landtag wird sich daher intensiv mit der Frage möglicher Versäumnisse, denkbarer Unterlassungen, eventueller Fehleinschätzungen und etwaigem Fehlverhalten von Behörden bei der Gefahrenabwehr im Vorfeld, während und nach der Flut im Zusammenhang mit dem Tief ‚Bernd‘ im Zeitraum vom 12. bis 15. Juli 2021 befassen.“

Der PUA hat auch den Auftrag, die behördliche Informationspolitik sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller beteiligten Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen zu untersuchen. In der ersten Sitzung wurden bereits umfangreiche Beweisbeschlüsse und Verfahrensentscheidungen getroffen, um die zur parlamentarischen Untersuchung erforderlichen Akten anzufordern. In den kommenden Wochen werden nach deren Sichtung etliche prominente Zeugen geladen – vom bekannten Wetterexperten Jörg Kachelmann bis hin zu mehreren Regierungsmitgliedern.“

Im Frühjahr 2022 wird dem Parlament dann ein öffentlicher Bericht über alle Erkenntnisse vorgelegt, die bis dahin gewonnen worden sind.